

**Jahresbericht Sudan 2018**

Am 29. Mai 2018 wurde der sudanesischer Aktivist Husham Ali von Saudi-Arabien in den Sudan abgeschoben. Husham Ali lebte seit 2010 in Saudi-Arabien und schrieb online unter anderem über Korruption im sudanesischen Staatssystem und über Folter und Misshandlungen in den sudanesischen Gefängnissen durch den Geheimdienst NISS. Darüber hinaus hatte Husham Ali über die Situation dreier Männer sudanesischer Herkunft berichtet, die in Saudi-Arabien Schutz gesucht hatten und im Juli 2017 zurück in den Sudan abgeschoben wurden. Die drei Aktivisten Elgassim Mohammed Seed Ahmed, Elwaleed Imam Hassan Taha und Alaa Aldin al-Difana wurden direkt nach ihrer Ankunft in Khartoum vom NISS festgenommen und inhaftiert. Nach ihrer Freilassung im August bzw. Oktober 2017 gaben sie an, gefoltert und misshandelt worden zu sein. Da zu erwarten stand, dass Husham Ali nach seiner Abschiebung dasselbe geschehen würde, hatte Amnesty International versucht, seine Abschiebung zurück in den Sudan zu verhindern, doch ohne Erfolg. Nach seiner Ankunft im Sudan wurde er vom NISS in Haft genommen, er ist bis heute (Stand: November 2018) inhaftiert. Amnesty International und andere Menschenrechtsorganisation kritisierten sowohl die Abschiebung durch die saudischen Behörden als Verstoß gegen das Non-Refoulement-Verbot als auch die andauernde Inhaftierung durch den NISS. Sie forderten den Sudan außerdem auf, die UN-Antifolterkonvention zu ratifizieren und die Gesetze, auf Grund derer der NISS handelt, abzuschaffen oder aber grundlegend zu überarbeiten.

Im Oktober 2018 tagte der UN-Menschenrechtsausschuss (englisch: Human Rights Committee), auch bekannt als Ausschuss für bürgerliche und politische Rechte. Dieser Ausschuss überwacht die Einhaltung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und ist nicht mit dem UN-Menschenrechtsrat (englisch: Human Rights Council) zu verwechseln. Der Ausschuss kritisierte die sudanesischer Regierung scharf für ihre Untätigkeit im Hinblick auf die massive Polizeigewalt im September 2013. Damals hatte es innerhalb der Bevölkerung Proteste gegen die hohen Lebenshaltungskosten im Sudan gegeben. Polizei und NISS gingen massiv gegen die Proteste vor. Hunderte Menschen wurden verletzt und 185 Personen wurden erschossen. Es gab über 800 Festnahmen, viele der festgenommenen Personen waren anschließend wochenlang inhaftiert und berichteten nach ihrer Freilassung von Folter und Misshandlungen. Der UN-Menschenrechtsausschuss stellte fest, dass es keinerlei Verurteilungen gegen Polizei oder Geheimdienstkräfte gegeben hatte. Die sudanesischer Regierung hatte mehrere Untersuchungen eingeleitet, die aber jeweils keinerlei Ergebnisse hervorgebracht hatten. Auch über diesen Fall hinaus gäbe es keine positiven Signale aus dem Sudan. Staatliche Repressionen gegen Student\*innen, Journalist\*innen, Menschenrechtsverteidiger\*innen und Personen aus Darfur ständen weiterhin an der Tagesordnung.